



Nr. 12

24. März 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Energiekosten

[Belastungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes abfedern](#)

Zweite Verhandlungsrunde beendet

[Sozial- und Erziehungsdienst: Kaum Fortschritte im Tarifkonflikt](#)

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

[PKV: Mehr Planungssicherheit für Beihilfeempfänger schaffen](#)

dbb frauen

[Ukraine-Krieg unterstreicht Dringlichkeit einer feministischen Außenpolitik](#)

dbb frauen und dbb jugend

[Tag gegen Rassismus: Neue Perspektiven für Menschen mit Migrationsgeschichte schaffen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[dbb Landesbund wird Mitglied beim Bayerischen Bündnis für Toleranz](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Kritik an fehlende Kontrollen bei Geflüchteten aus der Ukraine](#)

Deutsche Zoll-und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Zoll: Karrieremöglichkeiten verbessert](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[„Deutscher Lehrkräftepreis – Unterricht innovativ“ 2021 verliehen](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Schulen: Beibehaltung der Maskenpflicht gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Energiekosten

Belastungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes abfedern

dbb Chef Silberbach fordert angesichts steigender Spritpreise, die Belastungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes abzufedern, die Privatwagen dienstlich nutzen.

„Viele Kolleginnen und Kollegen nutzen ihre Privatwagen in Ermangelung von Dienstfahrzeugen dienstlich und sind von den explodierenden Spritpreisen massiv betroffen. Deswegen brauchen sie jetzt schnell einen tatsächlichen Kostenausgleich. Es ist schon ein Unding, dass Dienst- und Arbeitgebende die zur Aufgabenerfüllung notwendigen Fahrzeuge nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen. Nun auch noch die Beschäftigten, die das mit ihrem Privateigentum kompensieren und dafür sorgen, dass der Außendienst aufrechterhalten wird, auf den massiv gestiegenen Kosten sitzen zu lassen, ist inakzeptabel“, so Silberbach.

Der dbb Chef fordert bundeseinheitliche Festlegungen bei Wegstrecken- und Reisekostenentschädigung im Bereich des öffentlichen Dienstes. „Wir haben bei diesem Thema ohnehin einen Normierungsdschungel, den wir bei dieser Gelegenheit gleich einmal lichten könnten. Wir müssen weg von völlig überflüssigen, objektiv nicht nachvollziehbaren und verwaltungsextrinsiven Detailregelungen auf regionaler Ebene, die bei bundesweit gleicher Sachlage zu willkürlichen Ungleichbehandlungen führen. Dienst- und Arbeitgebende sind von Flensburg bis zum Königssee gesetzlich zur Kostenerstattung verpflichtet, deswegen muss es nun in Anbetracht der steigenden Kraftstoff-

kosten zügig eine bundesweit einheitliche Anpassung der Entschädigungsbeträge bei dienstlicher Nutzung von Privatfahrzeugen geben.“

Der dbb Landesbund in Baden-Württemberg (BBW) hat die dortige Landesregierung aufgefordert, das Kilometergeld für Dienstreisen mit dem Privatwagen umgehend den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen. BBW-Chef Kai Rosenberger spricht von einer deutlichen Anhebung der Wegstreckenentschädigung auf mindestens 45 Cent pro Kilometer. Angesichts der drastisch davongaloppierenden Preisen für Diesel und Benzin reichten die 35 Cent pro Kilometer nicht mehr aus, die das Landesreisekostenrecht gegenwärtig maximal vorsieht, erklärte der BBW Vorsitzende.

Der dbb Landesbund in Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) hat die dortige Landesregierung ebenfalls zu einer entsprechenden Erhöhung aufgefordert, denn die Wegstreckenentschädigung von 30 Cent sei nicht ausreichend. „Diese Mehrbelastung ist nicht länger tragbar“, sagt Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW. „Die Wegstreckenentschädigung muss jetzt angehoben werden!“ Darüber hinaus beanstandet der DBB NRW, dass auch Kostenerstattungen bei Parkgebühren und Verpflegungskostenzuschüssen viel zu niedrig angesetzt seien.

Zweite Verhandlungsrunde beendet

Sozial- und Erziehungsdienst: Kaum Fortschritte im Tarifkonflikt

Die zweite Runde der Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst haben die kommunalen Arbeitgebenden weitgehend ungenutzt verstreichen lassen, kritisiert der dbb.

„Die kommunalen Arbeitgebenden haben das Ausmaß der Personalnot und die damit verbundene permanente Belastung offenbar immer noch nicht verstanden. Anders ist ihr Verhalten nicht zu erklären“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 22. März 2022 in Potsdam. „Hinsichtlich der Aufwertung der Berufe in der frühkindlichen Bildung und der Sozialen Arbeit ist eine konstruktive, tiefergehende Diskussion kaum möglich. Und bei

der dringend notwendigen Entlastung der Kolleginnen und Kollegen wird praktisch komplett geblockt. Besonders irritierend ist, dass von den Arbeitgebenden nicht mal konstruktive Gegenvorschläge kommen. Das ist keine zielführende Verhandlungsführung.“

Die Fakten seien klar: Statt neue Fachkräfte zu gewinnen, drohe eine massive Abwanderung von Beschäftigten – während gleichzeitig die Aufgaben aufgrund politischer Entscheidungen

und Krisen wie der Corona-Pandemie oder aktuell dem Krieg in der Ukraine immer größer würden. „Vor diesem Hintergrund grenzt das Verhalten der Arbeitgebenden schon fast an Realitätsverweigerung. Die kommenden Wochen bis zur finalen Verhandlungsrunde werden nun für alle Beteiligten mühsam, denn wir werden unseren Protest verstärkt auf die Straße tragen. Das ist in dieser schwierigen Zeit nicht einfach, weil alle Kolleginnen und Kollegen sich ihrer großen Verantwortung bewusst sind. Aber die Arbeitgebenden lassen uns keine Wahl.“

Schon vor dem Start der zweiten Runde hatte Silberbach substanzielle Fortschritte ange mahnt. „Es drohen schwere gesellschaftliche Verwerfungen, wenn die kommunalen Arbeitgebenden weiter mauern.“ Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) müsse endlich ihrer Verantwortung gerecht werden – für die Beschäftigten, die betroffenen Familien und nicht zuletzt das ganze Land. „Wir haben während der Corona-Pandemie verantwortungsbewusst gehandelt und die Verhandlungen um fast zwei Jahre verschoben, obwohl die Aufwertung des Berufsfeldes angesichts des Personalmangels mehr als überfällig ist. Jetzt sind Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Erzieherinnen und Erzieher erneut

enorm gefordert, um die Geflüchteten aus der Ukraine zu betreuen. Die VKA darf die Kolleginnen und Kollegen in dieser Situation nicht in einen Arbeitskampf zwingen“, hatte der dbb Chef klargestellt.

Gerade die Beschäftigten in Care-Berufen würden ohnehin bei jedem Streik vor einem Gewissenskonflikt stehen, weil sie sich den ihnen anvertrauten Menschen verpflichtet fühlen und gleichzeitig ihre eigenen berechtigten Interessen durchsetzen müssen. Silberbach: „Deshalb ist mehr denn je ein schneller und sachgerechter Tarifabschluss gefragt – mit klaren Perspektiven für die Kolleginnen und Kollegen im Job sowie für die dringend benötigten zusätzlichen Nachwuchs- und Fachkräfte.“

Der dbb fordert etwa eine bessere Bezahlung durch höhere Eingruppierungen in den entsprechenden Entgelttabellen. Außerdem soll inhaltlich bessere Arbeit ermöglicht werden, beispielsweise durch die Ausdehnung von Vor- und Nachbereitungszeiten sowie durch einen Anspruch der Beschäftigten auf regelmäßige Qualifizierung.

Alle Informationen zum Thema gibt es unter www.dbb.de/sue.

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

PKV: Mehr Planungssicherheit für Beihilfeempfänger schaffen

Für mehr Transparenz und eine sachgerechte Weiterentwicklung des Beitragssystems der privaten Krankenversicherung hat sich dbb Vize Schäfer ausgesprochen.

„Im Gegensatz zur umlagefinanzierten gesetzlichen Krankenversicherung sind die Beiträge in der privaten Krankenversicherung nach dem Kapitaldeckungsprinzip ausgestaltet und werden nicht durch Steuerzuschüsse unterstützt. In der Folge steigen die Beiträge für beihilfeberechtigte Beamtinnen und Beamte nicht kontinuierlich, sondern sprunghaft an, und das ist für die Versicherungsnehmenden weder zumutbar noch nachvollziehbar. Hier brauchen wir dringend mehr Transparenz und eine Umstellung des gesetzlich vorgegebenen Anpassungsmechanismus“, sagte Friedhelm Schäfer, dbb Vize und Fachvorstand Beamtenpolitik, am 22. März 2022 beim dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST digital zum Thema „Beitragssprünge in der PKV – muss das sein?“.

Das bewährte Zusammenspiel von Beihilfe und privater Krankenversicherung müsse auch zukünftig eine attraktive und leistungsstarke Absicherung garantieren. „Dabei müssen Sonderbelastungen wie durch den befristeten überproportionalen Corona-Zuschlag, Kostenbelastungen für untere Besoldungsgruppen sowie bei besonderen Familiensituationen und bei temporären Veränderungen des Dienstumfanges vermieden werden“, betonte Schäfer.

Über sachgerechte Maßnahmen zur Weiterentwicklung der privaten Krankenversicherung diskutierte dbb Vize Schäfer mit dem Debekavorstand und stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Aktuarvereinigung Roland Weber und dem Direktor des PKV-Verbandes Florian Reuther. Im fachlichen Austausch wurde unter anderem beleuchtet, wie sich die Beiträge in der privaten Krankenversicherung

grundsätzlich zusammensetzen, was die maßgeblichen Faktoren dafür sind und wie sich diese langfristig entwickeln. Zentraler Fokus lag hierbei auf der Situation beihilfeberechtigter Beamtinnen und Beamten und auf der Beitragsentwicklung für die ergänzende PKV.

Thematisiert wurden auch Besonderheiten bei der Beitragsentwicklung, die sich aus unterschiedlichen Beihilfebemessungssätzen für Beamte, Versorgungsempfänger und Familien ergeben.

dbb frauen

Ukraine-Krieg unterstreicht Dringlichkeit einer feministischen Außenpolitik

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine fordern die dbb frauen eine Außenpolitik, die Frauen besser vor Kriegsfolgen schützt.

„Es sind vor allem Frauen und Kinder, die zu Tausenden aus dem ukrainischen Kriegsgebiet zu uns kommen. Sie brauchen jetzt unseren Schutz und jede Unterstützung, die wir aufbringen können. Die große Solidarität mit den Geflüchteten zeigt deutlich die Stärke unserer demokratischen Gesellschaft und den Zusammenhalt, der in Europa besteht“, betonte dbb frauen Chefin Milanie Kreuzt am 18. März 2022 auf dem Treffen der Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung in Berlin.

Patriarchalen Regimen, die Machtbestreben über das Wohl der Bevölkerung stelle, müsse die Bundesregierung als demokratisch gewählte Volksvertretung mit einer klaren Haltung entgegenreten. Dazu gehöre es auch, den Interessen und Belangen der weiblichen Bevölkerung mehr Gewicht zu geben, indem Frauen stärker in außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen einbezogen werden. „Der Krieg in der Ukraine unterstreicht die Dringlichkeit einer feministischen Außenpolitik“, so Kreuzt.

Die Ukraine-Krise dürfe aber auch die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Fortschritte der Gleichstellung nicht überlagern, mahnte Kreuzt. „Die Pandemie hat die Ungleichheit von Männern und Frauen tendenziell verstärkt. Das Engagement der Väter in den Familien nimmt mit den zunehmenden Lockerungen der Corona-Maßnahmen wieder ab. Der Corona-Gleichstellungseffekt, den der Lockdown und die Homeoffice-Verpflichtung zunächst ausgelöst haben, ist schon jetzt fast vollständig verpufft. Daran sehen wir, wie stark Rollenklischees wirken und wie sehr die Organisation unserer Arbeitswelt das männliche Ernährermodell strukturell stützt“, betonte Kreuzt. Ihre Kritik fußt auf aktuellen Ergebnissen einer Online-Panelbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Da-

nach beteiligten sich Väter zu Beginn der Pandemie stärker an der Sorgearbeit. Dennoch leisteten Frauen weiterhin den weitaus größeren Anteil der Sorgearbeit, auch wenn der Anstieg für Väter stärker ausgefallen ist als für Mütter. Zudem schwächte sich dieser Effekt im Verlauf der Pandemie wieder ab. Dies spreche dafür, dass die beobachtete Ausweitung ihres Engagements eher aus der Notwendigkeit geboren war, so das Fazit der Studiaauswertung.

Diese Erkenntnisse müssten politische Entscheidungsträgerinnen und -träger jetzt zum Handeln bewegen. „Mütter waren während der Lockdown-Phase sehr viel stärker belastet als Männer. Zudem haben vor allem Männer, die in Kurzarbeit waren, ihr Betreuungsengagement raufgefahren. Das zeigt auch, dass die, die nicht mussten oder nicht konnten, nichts an ihrem Verhalten geändert haben. Die Beharungskräfte der männlich geprägten Arbeitszeitpolitik, die sich an der 40-Stunden-Woche plus Überstunden orientiert, haben weiter Bestand“, mahnte Kreuzt.

Die dbb frauen fordern deshalb von der Politik eine gleichstellungsorientierte Zeitpolitik, die eine faire Verteilung von Erwerbs- und Sorgelasten zum Ziel hat. „Nur, wenn wir Erziehung und Pflege auch als Teil unserer wirtschaftlichen Produktivität anerkennen und die Zeiten, die vor allem Frauen dafür aufwenden, in die volkswirtschaftliche Rechnung aufnehmen, erhalten wir ein realistisches Bild, welchen Beitrag die Menschen in unserem Land tatsächlich zur Wirtschaft und deren Wachstum beitragen. Ohne die Zeit, die aktuell vor allem Frauen und Mütter, für die Familienorganisation aufwenden, wäre eine 40-Stunden-Woche gar nicht machbar. Für die meisten Frauen, insbesondere für Alleinerziehende, ist sie das auch nicht. Unsere aktuelle Arbeitszeitpolitik besteht keinen Gleichstellungs-Check. Für

eine gleichberechtigte Gesellschaft brauchen wir in allen Branchen, und hier habe ich vor allem auch die operativen Bereiche der öffentlichen Verwaltung im Fokus, vielfältigere Arbeitszeitkonzepte, die es Männern und Frauen gleichermaßen ermöglichen, für die Familie zu sorgen – finanziell, aber eben auch persönlich und ganz privat.“

Neben der Einordnung des aktuellen Krisengeschehens standen die Antragsberatungen zum dbb Gewerkschaftstag, der im November 2022 stattfinden wird, auf der Agenda der Hauptversammlung. Beratungsgegenstand waren die

Anträge der Frauenvertreterinnen aus den dbb Mitgliedsorganisationen zu aktuellen frauenpolitischen Fragestellungen rund um den öffentlichen Dienst, unter anderem die Ausgestaltung einer gleichstellungswirksamen Krisenpolitik, die faire Verteilung von beruflicher und privater Sorgearbeit, Verbesserungen der Altersabsicherung von Frauen, die geschlechtergerechte Familienbesteuerung sowie die Förderung von zeitgemäßen Führungskonzepten und einer gendersensiblen Leistungsbewertung im öffentlichen Dienst.

dbb frauen und dbb jugend

Tag gegen Rassismus: Neue Perspektiven für Menschen mit Migrationsgeschichte schaffen

Zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2022 plädiert die dbb frauen Chefin Milanie Kreutz für mehr Chancengleichheit im öffentlichen Dienst. Auch die dbb jugend hat sich gegen menschenfeindliche Tendenzen und für eine starke Europäische Wertegemeinschaft ausgesprochen.

„Als Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind wir Entscheidungstragende, Beratende, Dienstleistende sowie Kommunikatorinnen und Kommunikatoren. Diese Funktionen müssen wir mit einem echten Verständnis für Auswirkungen auf verschiedene Gesellschafts- und Bevölkerungsgruppen ausüben. Das erfordert interkulturelle Kompetenz, einen empathischen Führungsstil und Chancengleichheit für Menschen mit Migrationsgeschichte“, stellte Kreutz klar. Während in Deutschland rund 22 Prozent der Erwachsenen über eine Migrationsvergangenheit verfügen, liegt deren Anteil in der öffentlichen Verwaltung bei lediglich sechs Prozent.

Der öffentliche Dienst verfehle hier klar das Ziel, die Bevölkerung realistisch abzubilden. „Wir brauchen in allen Bereichen der Verwaltung, vor allem auch im gehobenen Dienst, mehr Menschen mit Migrationsgeschichte. Und zwar nicht nur, weil wir es uns angesichts des immer größer werdenden Fachkräftemangels nicht leisten können, wertvolle Potenziale zu verschenken. Der öffentliche Dienst muss die vielfältige Gesellschaft, in der wir leben, widerspiegeln. Nur so können Verwaltungen ihre Kernkompetenzen bedarfsgerecht ausbauen und für jeden und jede eine lebenswerte Gesellschaft gestalten“, machte Kreutz deutlich. Das erfordere insbesondere eine zielgruppen-gerechte Ansprache von Nachwuchskräften und anonymisierte Bewerbungsverfahren.

„Diese tragen vor allem auch dazu bei, Mehrfachdiskriminierungen von Anfang an vorzubeugen“, so Kreutz.

Zudem forderte die dbb frauen Chefin im Behördenalltag mehr Empathie und eine vorurteilsfreie Kommunikation mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationsgeschichte. „Meine philippinische Mutter hatte sofort Vorbehalte, als sie hörte, dass ich mich für eine Karriere im öffentlichen Dienst interessiere. Als Einwanderin in Deutschland hatte sie der Gang zum Amt oft Überwindung gekostet – nicht nur, weil das ‚Beamtendeutsch‘ zu komplex für sie war, sondern auch aufgrund von fehlendem Verständnis für ihre Umstände als Neuan-kömmling in einem fremden Land“, weiß die Steuerbeamtin aus eigener Erfahrung.

Laut Kreutz brauche es ein Behördenklima, das Unterschiede nicht totschweige, sondern Vielfalt zelebriere. Dabei verweist sie auch auf die Vulnerabilität von Frauen mit Migrationshintergrund. Es seien Schutzräume notwendig, in denen Tarifbeschäftigte ebenso wie Beamtinnen und Beamte aus marginalisierten Communities rassistische, sexistische und andere Vorfälle melden können – auch solche, die bisher nicht strafrechtlich verfolgt würden.

Marcel Oehm, dbb Jugend Vize, zeigte sich besonders angesichts der aktuellen Entwicklungen besorgt: „Der furchtbare Krieg in der Ukraine führt uns vor Augen, dass ein geeintes Europa in einer friedlichen Welt nicht selbstverständlich ist. Schlimmer noch: Die Werte, auf denen die europäische Staatengemeinschaft fußt – das Streben nach einer demokratischen Gesellschaft, in der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gleichbehandlung, Inklusion, Toleranz, Solidarität, Nichtdiskriminierung, aber auch Bewegungs- und Meinungsfreiheit die Basis für das friedliche Zusammenleben bilden –, stehen derzeit symbolisch unter Beschuss.“

Umso wichtiger sei es jetzt, sich auf die europäischen Grundwerte zu besinnen und jeder Art von Ausgrenzung, Menschenfeindlichkeit und Rassismus auch innerhalb Deutschlands wirksam entgegenzutreten. „Unser Land, Europa und die ganze Welt brauchen in Zeiten wie diesen mehr denn je Zusammenhalt. Dazu zählt auch, dass Ausgrenzung und Rassismus keinen Platz in unserer Gesellschaft haben, insbesondere nicht im öffentlichen Dienst“, so Oehm.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

dbb Landesbund wird Mitglied beim Bayerischen Bündnis für Toleranz

Im Rahmen der heutigen Sitzung des höchsten Entscheidungsgremiums des Bayerischen Bündnisses für Toleranz votierte das Plenum einstimmig die Aufnahme des Bayerischen Beamtenbundes (BBB). „Wir sind glücklich und stolz, nun Mitglied dieses in Deutschland und Bayern einmaligen Wertebündnisses zu sein,“ erklärte BBB Chef Rainer Nachtigall am 22. März 2022.

Im Rahmen des Aufnahmegesuchs hob Nachtigall die Bedeutung des öffentlichen Dienstes in Bayern und Deutschland für Demokratie, Werte und Zusammenhalt in der Gesellschaft hervor. „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind Recht und Gesetz verpflichtet. Wir dienen immer und zuerst der freiheitlich-demokratischen Grund- und Werteordnung, die das friedliche Zusammenleben unserer gesamten Gesellschaft ermöglicht“, sagte Nachtigall. „Als Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes in Bayern hat der Bayerische Beamtenbund daher eine besondere Verantwortung, sich aktiv für die Bewahrung unseres Staats- und Gemeinwesens einzusetzen und sich jeglichen Tendenzen dagegen in den Weg zu stellen.“

Im Jahr 2005 wurde das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschen-

würde schützen“ auf Initiative der evangelischen und der katholischen Kirche ins Leben gerufen. Das Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, für Toleranz sowie den Schutz von Demokratie und Menschenwürde einzutreten und diese Werte zu fördern. Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus, die den Einzelnen, die Gesellschaft und den Staat bedrohen, setzt das Bayerische Bündnis für Toleranz durch diese Werte etwas Positives entgegen. Die Mitgliedsorganisationen des Bayerischen Bündnisses für Toleranz kämpfen gegen rechtsextreme, antisemitische und rassistische Einstellungen, Haltungen und Handlungen. Seit der Gründung haben sich über 80 Akteure aus Politik und Gesellschaft, darunter diverse bayerische Staatsministerien, Hilfsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Stiftungen dem Bündnis angeschlossen.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Kritik an fehlende Kontrollen bei Geflüchteten aus der Ukraine

Obwohl die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine täglich steigt, gibt es weder eine umfassende Registrierung noch wirksame Grenzkontrollen, kritisiert der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt.

Der Polizeigewerkschafter warnte am 22. März 2022 gegenüber „Focus Online“ vor einer möglichen Gefahr für die innere Sicherheit und warf der Bundespolitik massives Versagen vor. Es drohe eine Zunahme der illegalen Migration

nach Deutschland, notwendig seien daher reguläre Kontrollen an den deutschen Grenzen zu Polen und Tschechien.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Zoll: Karrieremöglichkeiten verbessert

Für verbeamtete Zöllnerinnen und Zöllner, die privat einen höheren Bildungsabschluss erworben haben, bestand bisher in der Zollverwaltung keine Möglichkeit, sich im Rahmen von (externen) Stellenausschreibungen um einen Dienstposten einer höheren Laufbahn zu bewerben. Das wurde nun auf BDZ-Initiative hin geändert.

Betroffene Beschäftigte wurden bisher immer wieder auf die bekannten Aufstiegsverfahren verwiesen. Die immer wieder durch den BDZ erhobene Forderung, alle Förderungsinstrumente der Bundeslaufbahnverordnung (BLV) zu nutzen, um den Beschäftigten ein berufliches Fortkommen zu ermöglichen, wird nun endlich umgesetzt.

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen drei Voraussetzungen erfüllen. Erstens die erfolgreiche Teilnahme an einem externen Auswahlverfahren. Sie werden unter den gleichen Voraussetzungen dazu zugelassen beziehungsweise abgelehnt wie die externen Bewerberinnen und Bewerber. Eine Ablehnung nach Aktenlage ist möglich, sofern die geeigneten Abschlüsse nicht vorliegen.

Zweitens der Erwerb der sonstigen Voraussetzungen gemäß Bundesbeamtengesetz (BBG). Wurde das Auswahlverfahren erfolgreich durchlaufen, ist zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Anerkennung der Laufbahnfähigkeit bereits vorliegen beziehungsweise ob

diese noch absolviert werden müssen (z.B. eine hauptberufliche Tätigkeit oder ein Vorbereitungsdienst).

Drittens die Bewährung und Beförderung in der höheren Laufbahn. Bei Vorliegen der Laufbahnfähigkeit oder nach deren Erlangung auf einem Dienstposten der höheren Laufbahn erfolgt im Anschluss eine sechsmonatige Erprobungszeit. Nach erfolgreicher Bewährung wird den betroffenen Beschäftigten im Rahmen der besetzbaren Planstellen ein Amt der höheren Laufbahn verliehen. Das erste Beförderungsamts darf frühestens nach Ablauf einer Dienstzeit von einem Jahr seit der ersten Verleihung eines Amtes der höheren Laufbahngruppe verliehen werden.

Das Auswahlverfahren wird von der Auswahlkommission für die Einstellung von externen Beschäftigten, die durch die jeweilige Einstellungsbehörde bestimmt wird, durchgeführt. Es gelten die gleichen Regelungen wie für die Einstellung von externen Beschäftigten.



Deutscher Philologenverband (DPhV)

„Deutscher Lehrkräftepreis – Unterricht innovativ“ 2021 verliehen

Die Preisträgerinnen und Preisträger des bundesweiten Wettbewerbs „Deutscher Lehrkräftepreis – Unterricht innovativ“ stehen fest: Elf Lehrkräfte, vier Teams und vier Schulleitungen aus insgesamt zehn Bundesländern wurden in der Wettbewerbsrunde 2021 ausgezeichnet. Über 5.200 Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler haben sich am Wettbewerb beteiligt.

Die Träger des Wettbewerbs, die Heraeus Bildungsstiftung und der DPhV, wollen mit der Auszeichnung die Leistungen von Lehrkräften und Schulleitungen würdigen und in den Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung rücken. Karin Prien, Präsidentin der Kultusministerkonferenz und schleswig-holsteinische Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, sagte am 21. März 2022: „Der Satz des Bildungsforschers John Hattie ‚Auf die Lehrkraft kommt es an!‘ kann gerade in Pandemie-Zeiten nicht oft genug zitiert werden. Er fasst in Prägnanz zusammen, welche Bedeutung den Lehrerinnen und Lehrern zukommt. Sie sind es, die die jede Schülerin und jeden Schüler sehen, die Feedback geben und individuell unterstützen können. Diese Qualität zusammen mit einer hohen Fachlichkeit macht sie unverzichtbar. Kein digitales Lernsystem kann die Lehrkraft ersetzen. Deshalb gratuliere ich allen Preisträgerinnen und Preisträgern sehr herzlich zu ihrer Auszeichnung. Sie alle machen Schule mit ihren Ideen und ihrem Engagement so wertvoll für unsere Kinder und Jugendlichen.“

Die Vorsitzende der Heraeus Bildungsstiftung, Beate Heraeus: „Wertschätzung und Dankbarkeit gegenüber der Arbeit von Schulleitungen und Lehrkräften empfinden wir und drücken dies mit der Verleihung des Deutschen Lehrkräftepreises aus. Zwei Jahre Pandemie, die

Klimakrise und nun der Krieg in Europa machen deutlich, wie wichtig die Begleitung von Schülerinnen und Schülern durch Lehrkräfte in Ergänzung zum Elternhaus sind. Sie wirken als Lern- und Lebensbegleiter und sind oftmals Vorbilder für Kinder und Jugendliche.“

Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des DPhV, machte deutlich: „Jedes Jahr zeugen die eingereichten Unterrichtsprojekte von der Innovationsbereitschaft und dem vielseitigen Engagement unserer Lehrkräfte – so auch in diesem Jahr. Die Projekte haben überzeugt. Ob Allgemeinbildung, theoretische Grundlagen oder praktische Anwendung: In unseren ausgezeichneten Projekten kommt nichts davon zu kurz, und so konnten unsere Lehrkräfte wieder einmal unter Beweis stellen, wie sie Pandemie-Alltag, Schülerorientierung und fachliche Professionalität Tag für Tag vereinen. Sie richten den Blick in die Vergangenheit, in die Gegenwart und in die Zukunft, sie vermitteln den Schülerinnen und Schülern ein Gefühl für Geschichte und gleichzeitig wappnen sie sie für eine Zukunft, die sie selbst maßgeblich mitgestalten werden.“

Ausführliche weitere Informationen gibt es auf dphv.de.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Schulen: Beibehaltung der Maskenpflicht gefordert

Angesichts des dramatischen Infektionsgeschehens und aufgrund der durch die Bundesregierung beschlossenen Abschwächung des Infektionsschutzes hat der VBE Bundesvorstand am 21. März 2022 die Beibehaltung der Maskenpflicht in Schulen gefordert.

Die Rückmeldungen aus den 16 VBE Landesverbänden hätten zuvor gezeigt, wie dramatisch die Situation im Schulsystem ist, so VBE Chef Beckmann: „Angesichts neuer Rekorde bei den Inzidenzwerten und dem ohnehin überproportional hohen Infektionsgeschehen unter Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter ist es nicht zu verantworten, dass die

Maskenpflicht in den Schulen vollkommen oder in weiten Teilen fällt. Wir stimmen mit der Politik in der Einschätzung überein, dass Schule ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag am besten erfüllen kann, wenn Präsenzunterricht gewährleistet ist. Um dies sicherzustellen, braucht es aber gerade jetzt, im Hinblick auf die extremen Infektionszahlen, weiterhin die

Schutzfunktion, die durch eine Maskenpflicht erzielt wird.“

Präsenzunterricht sei nur möglich, wenn die personellen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Beckmann: „Bereits jetzt arbeiten die Schulen mit einer personellen Unterdeckung. Vor diesem Hintergrund können wir es uns nicht leisten, wirksame Infektionsschutzmaßnahmen wie die Maskenpflicht aufzugeben, da dies zwangsläufig zu zusätzlichen personellen Ausfällen führen wird. Gleichzeitig trägt die

Maskenpflicht zur Sicherung der Teilhabe der Schülerinnen und Schüler am Unterricht bei. Wenn Politik ernsthaft daran interessiert ist, dass das System Schule nicht kollabiert, muss sie sicherstellen, dass die Maskenpflicht in den Schulen zunächst mindestens bis zu den Osterferien aufrecht erhalten bleibt, um dann je nach Infektionslage neu entscheiden zu können. Kolleginnen und Kollegen in den Schulen leisten seit Monaten alles Menschenmögliche, um trotz extremer Belastungen ein anspruchsvolles Bildungsangebot aufrecht zu erhalten.“

Namen und Nachrichten

Der **dbb** hat erneut für die Mitglieder seiner Fachgewerkschaft komba beim Rettungsdienst Landkreis Oder-Spree (LOS) eine Corona-Sonderzahlung vereinbart. Der **dbb** konnte sich mit der Arbeitgeberseite darauf verständigen, dass die Beschäftigten, die Schülerinnen und Schüler in der Ausbildung zur/zum Notfallsanitäter/in sowie die Auszubildenden eine weitere steuer- und sozialversicherungsfreie Einmalzahlung erhalten. Sie wird bereits mit dem Tabellenentgelt des Monats März 2022 ausbezahlt. Die Einmalzahlung ist steuer- und sozialversicherungsfrei und wird zum ohnehin geschuldeten Arbeitsentgelt gewährt. Die Höhe beträgt für die Beschäftigten 500 Euro und für Schülerinnen und Schüler in der Ausbildung zur/zum Notfallsanitäter/in sowie für die Auszubildenden 250 Euro.

Nach zwei weiteren Verhandlungstagen gibt es immer noch keine Ergebnisse in den Verhandlungen über die Entgelte in der Flugsicherheit. Das Angebot, das vom Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen (BDLS) am 16. und 17. März vorgelegt wurde, hat die **dbb** Kommission einstimmig abgelehnt. Der **dbb** Verhandlungsführer Volker Geyer sagte: „Wir haben zwei Tage hart verhandelt, aber die Arbeitgeber haben sich noch nicht ausreichend bewegt. Wertschätzung sieht immer noch anders aus. Die Beschäftigten bringen eine hohe Leistung unter schwierigen Bedingungen. Die Lebenshaltungskosten steigen immer weiter an. Das muss auch die Arbeitgeberseite anerkennen. Das neue Angebot würde bedeuten, dass sich die Entgeltgruppen noch weiter auseinanderentwickeln. Das Gegenteil ist aber notwendig! Auch bei den Servicekräften muss deutlich nachgelegt werden, damit die Entgelte

auch dort in Zukunft deutlich über dem neuen gesetzlichen Mindestlohn liegen. Und die bundesweite Angleichung der Entgelte muss jetzt kommen, auch für die Einstiegsentgelte.“ Die Verhandlungen werden am 24. März 2022 in Frankfurt fortgesetzt.

Auch bei der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst gab es kaum nennenswerte Fortschritte. „Vom Applaus und den Lippenbekenntnissen, wie wir sie zu Beginn der Corona-Pandemie gehört haben, ist nicht mehr viel geblieben. Stattdessen mauern die Arbeitgebenden, ein Wille zu echten Veränderungen ist nicht zu erkennen. So waren die zwei Tage in Potsdam eher eine Hängepartie als echte Verhandlungen“, sagte Florian Schütz, der stellvertretende Vorsitzende der **dbb jugend**, am 23. März 2022. Der mangelnde Einigungswillen der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) sei ein furchtbares Signal an die Beschäftigten, die immer noch unter den Belastungen der Corona-Pandemie litten und sich nun auch noch mit enormem Einsatz um die Geflüchteten aus der Ukraine kümmerten. „Trotz der ohnehin großen Belastung werden die Kolleginnen und Kollegen nun von den kommunalen Arbeitgebenden gezwungen, ihren Protest bis zur letzten Verhandlungsrunde im Mai auf die Straße zu tragen. An besseren Arbeitsbedingungen und einer attraktiveren Bezahlung durch höhere Eingruppierungen führt aber kein Weg vorbei“, so Schütz.

Unter dem Namen „Dienst an einem anderen Ort“ hat der **dbb hamburg** am 20. März 2022 mit dem Personalamt eine Vereinbarung unterzeichnet. Damit ist es gelungen, die zunächst zum gleichen Tag arbeitgeberseitig geltende

Homeoffice-Verpflichtung nach einem Verhandlungsmarathon in eine Übereinkunft mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu überführen. Weitere Informationen sowie den Wortlaut der Vereinbarungen gibt es unter [dbb-hamburg.de](https://www.dbb-hamburg.de).

Die Bezüge von Beamtinnen und Beamte des Landes Thüringen in der Eingangsstufe A6 beziehungsweise A7 (bis 2020 Stufe 1) werden mit den Aprilbezügen korrigiert. Hintergrund: Das Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation wurde am 22. Oktober 2021 vom Thüringer Landtag beschlossen und sieht eigentlich vor, dass rückwirkend ab 1. Januar 2020 in den Besoldungsgruppen A 6 und A 7 jeweils die Erfahrungsstufen 1 gestrichen und die kinderbezogenen Familienzuschläge für alle Besoldungsgruppen in gleicher Höhe angehoben werden. Betroffene Beschäftigte wurden jedoch auch mit den Märzbezügen 2022 immer noch nach Stufe 1 besoldet und nicht – wie das Gesetz vorsieht – nach Stufe 2. Auf Nachfrage des **tbb** teilte das Finanzministerium nun mit, dass dies mit dem Aprilgehalt 2022 „glatt gezogen wird“.

Der Vorsitzende des **dbb Hessen**, Heini Schmitt, hat sich am 11. März 2022 mit dem

Staatssekretär für Digitale Strategie und Entwicklung Patrick Burghardt getroffen. Bei dem Gespräch ging es unter anderem um den Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes, den Datenschutz, digitale Dienstleistungen in den Verwaltungen sowie den Ausbau der Breitbandversorgung. Schmitt erinnerte daran, dass bei allem digitalen Ausbau auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die all das umsetzen sollen, entsprechend geschult und fortgebildet werden müssen.

Zu ihrem jährlichen Meinungsaustausch trafen sich am 17. März 2022 in Berlin der Bundesvorsitzende der **Deutschen Steuer-Gewerkschaft** (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler und der Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes Lohnsteuerhilfevereine (BVL) Uwe Rauhöft. Im Vordergrund des Gesprächs stand vor allem die Besteuerung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. DSTG und BVL sprechen sich angesichts dramatisch steigender Energiepreise für eine deutliche Anhebung der Pendlerpauschale bereits ab dem ersten Kilometer aus. Während DSTG-Chef Eigenthaler die geplante Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrags auf 1.200 Euro als Beitrag zur Vereinfachung begrüßte, zeigte sich der BVL-Vertreter skeptisch, da er hohe Mitnahmeeffekte befürchtet.

Termine:

6./7. Mai 2022, Berlin

Bundesjugendtag 2022 der dbb jugend (Bund)

Mehr Informationen unter <https://www.dbb-jugend.de/events/bundesjugendtag.html>

16./17. Mai 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 3. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue